



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 20. August 2012

P105247

Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend unterirdische Autobahn als Nord-Süd-Verbindung

- ://:
1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
 2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, den Anzug Tanja Soland und Konsorten stehen zu lassen.

Begründung

Die Verkehrsmenge auf der Osttangente als baselstädtischer Teil der Nord-Süd-Autobahn steigt stetig. Da es keine hinreichenden Reserven mehr gibt, führen bereits geringste Störungen auf der Nationalstrasse mit Staubbildung auch zu lang andauernden Nachwirkungen im Bereich des städtischen Verkehrs und teilweise auch zu Infarktsituationen. Dies führt zu einer Verschlechterung der Wohnqualität in den meisten Quartieren der Stadt Basel. Aus diesem Grund kann auf die Forderung der Anzugstellerin, darauf hinzuwirken, keine weitere Spuren bzw. Kapazitäten zu schaffen, nicht eingegangen werden.

Dahingegen hat sich der Regierungsrat beim Bund vehement dafür eingesetzt, dass die heutige Osttangente nicht – wie vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) ursprünglich vorgesehen – um je eine Fahrspur pro Fahrtrichtung oberirdisch erweitert wird, um die erforderlichen Kapazitäten zur Engpassvermeidung zu schaffen, sondern, dass diese Kapazitäten möglichst unterirdisch vorgesehen und baulich umgesetzt werden. Unterstützt wurde das Anliegen des Regierungsrates auch durch die in den betroffenen Quartieren entstandene Opposition und die in Bern eingereichte Petition mit über 10'000 Unterschriften.

Das ASTRA und der Kanton haben zur Kenntnis genommen, dass bei einer rein oberirdischen Trasseeführung mit erheblichen politischen Widerständen zu rechnen wäre. Das ASTRA hat aus diesem Grund Hand geboten für eine Öffnung des Variantenfächers. Das ASTRA und das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) unterzeichneten in der Zwischenzeit eine Absichtserklärung, wonach sie gemeinsam nach einer

verbesserten Lösung für die geplante Erweiterung der Osttangente suchen. Der bisherigen oberirdischen Lösungsvariante mit einer Verbreiterung des bestehenden Trassees soll bis Ende 2012 eine stadtverträglichere Lösung gegenübergestellt werden. Ziel ist, neben dem bereits vorbereiteten Referenzprojekt mit ausschliesslich oberirdischer Trasseeführung ein Alternativprojekt mit möglicherweise unterirdischer Kapazitätserweiterung zu erarbeiten. Das Alternativprojekt wird bis Ende Jahr, eventuell Frühjahr 2013, auf einem Planungsstand sein, der einen Grundsatzentscheid für die Kostenteilung zwischen Bund und Kanton ermöglicht.

